

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

28.11.1865 (No. 281)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 28. November.

N. 281.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Telegramme.

† **Berlin**, 27. Nov. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ berichtet eine Wiener Korrespondenz der „Köln. Ztg.“, worin es hieß, die Großmächte hätten sich dahin verständigt, daß nicht einseitig und gewaltsam, wie Preußen Anfangs gewollt, von Beiden vorgegangen werden solle. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ sagt, Preußen habe stets nur verlangt, daß Frankfurt durch den Bundestag an die Pflicht gemahnt werde, für die nöthige Rücksichtnahme auf die Würde des Bundes zu sorgen.

† **Neu-York**, 18. Nov., Abends. General Grant drückte in einer Rede seine Sympathien für Mexiko aus, dessen baldige Befreiung er hofft. Er versicherte, die Regierung sende Truppen an den Rio Grande. Die Quaranten nahmen Monterey ein. Die Belagerung von Matamoros dauert fort. Zahlreiche französische Korps sind in Bagdad angekommen. Die „Tribune“ widerlegt das Gerücht, daß die Unionregierung Fortsetzung mache.

Gold 147, Wechsel 159 1/2, Bonds 102 1/8, Baumwolle 52.

Deutschland.

Karlsruhe, 27. Nov. Der Präsident des Finanzministeriums, Staatsrath Vogelmann, ist nach Erledigung zahlreicher Geschäfte gestern von Weimar zurückgekehrt und hat, wie wir hören, die erfreuliche Nachricht mitgebracht, daß das Besondere Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs durchaus befriedigend sei.

München, 25. Nov. Wie der Münchener „Volksbote“ vernimmt, hat Hr. v. d. Pförden auch dem päpstlichen Nuntius in München die offizielle Anzeige gemacht, daß Bayern das Königreich Italien anerkenne.

Dresden, 25. Nov. Das „Dresdener Journ.“ veröffentlicht die Depeschen des Hrn. v. Deust über den Abschluß eines Handelsvertrags zwischen dem Zollverein und Italien. Das erste der beiden Altentwürfe ist an den sächsischen Gesandten in Berlin gerichtet und hebt, an die frühere (ausweichende) Aeußerung der sächsischen Regierung auf eine Anfrage des preussischen Ministeriums anknüpfend, als Motiv für die veränderte Stellung der Regierung die zahlreichen Vorstellungen der sächsischen Handelskammern und sonstigen kommerziellen und industriellen Genossenschaften hervor, welche in eben so gründlicher als objektiver Weise die Dringlichkeit des Abschlusses eines Handelsvertrags mit Italien darlegen; in dem es den Gesandten beauftragt, bei der k. preussischen Regierung den Abschluß des fraglichen Vertrags in Anregung zu bringen. Die zweite Depesche ist an den sächsischen Bundestags-Gesandten in Frankfurt gerichtet und enthält folgende Ausführung:

Wir sind dessen wohl erinnert, wie in einem vor die Öffentlichkeit gekommenen dieserseitigen Erlaß die Ansicht vertreten wurde, es sei, wenn auch nicht nach den ausdrücklichen Bestimmungen der Bundesgesetze, doch bei einer praktischen Auffassung der Bundesverhältnisse und mit Rücksicht auf frühere Vorgänge angemessen, daß da, wo es sich um Anerkennung von Veränderungen handelt, die im Gegensatz zu bestehenden europäischen Verträgen eingetreten sind, der Bund zu beschließen habe, bevor die einzelnen Bundesstaaten, sofern sie nicht gleichzeitig die Stellung europäischer Großmächte einnehmen, damit vorgehen. Wir halten diese Auffassung noch heute für eine sehr berechtigte, und es können vereinzelt noch Ereignisse eintreten, welche geeignet sind, deren praktischen Werth aufzuheben zu machen. Die sächsische Regierung hat, wie sie sich schmeicheln darf, mehr als einmal bewiesen, daß sie sich, namentlich in Fragen der äußeren Politik, dem Bunde untergeordnet gewohnt ist.

Diese Entäußerung des eigenen selbständigen Handelns kann aber vor dem eigenen Lande nur dann gerechtfertigt erscheinen, wenn der Bund durch sein Organ, die Bundesversammlung, einen bestimmenden Willen äußert. In Ermanglung einer solchen Beschlußnahme und wo nur die unsichere oder gar unwahrscheinliche Möglichkeit derselben in Aussicht gestellt bleibt, kann den einzelnen Bundesstaaten — sofern nicht eine ausdrückliche Vorschrift der Bundes-Grundgesetze ihnen die Enthaltung zur Pflicht macht — nicht zugemuthet werden, diejenigen Entschlüsse zu beanstanden, zu denen das Interesse des eigenen Landes sie auffordert. Die Anregung, welche in jenem Erlaß der diesseitigen Regierung gegeben war, hat keine Folge gehabt. Es sind uns deshalb zustimmende Erklärungen von keiner Seite zugekommen, von einigen Seiten her ist unserer Ansicht sogar widersprochen worden. Daß wir Anstand nahmen, eine Entscheidung der Frage bei der Bundesversammlung selbst anzulegen, dafür wird man die Erklärung in Rücksicht finden, welche diejenige hohe Regierung, die unser jetziges Vorgehen vielleicht unwillkommen zu finden Ursache haben kann, am meisten, wie wir glauben, zu würdigen wissen wird.

Dennoch hätten wir gern, um jede dem Bunde schuldbare Rücksicht zu wahren, Anlaß genommen, die Bundesversammlung wenigstens in der Art zu beglücken, daß wir sie um einen Auspruch darüber ersucht hätten, ob die einzelnen Regierungen verpflichtet seien, in derartigen Fragen eine Entscheidung des Bundes abzuwarten. Da indessen eine längere Verzögerung mit den Gründen, die für uns Befehle der nach Berlin gerichteten Eröffnung bestimmend waren, nicht verträglich gewesen wäre, so durften wir freilich nicht ohne Berechnung lassen, daß wir falls eine Verweisung an einen Ausschuss und damit einen Aufschub und Zeitverlust zu gewärtigen hätten, den wir vor dem eigenen Lande nicht zu verantworten vermöchten und wodurch wir überdies und dem Anschein einer absichtlichen Verschleppung ausgesetzt ge-

sehen haben würden, basern wir nicht schließlich auf ein Abwarten der provisorischen Entscheidung zu verzichten und damit den Vorwurf einer Rücksichtslosigkeit gegen die Bundesversammlung auf uns zu nehmen uns entschlossen hätten.

Aus **Mecklenburg**, 23. Nov. (Voss. Ztg.). Unser Landtag ist gestern im Städtchen Sternberg von den beiderseitigen groß. Landtags-Kommissionen in herkömmlicher Weise eröffnet worden. Von den groß. Landtags-Propositionen enthalten die beiden ersten die herkömmliche Forderung der ordentlichen und der außerordentlichen Kontribution. Dagegen enthält die dritte Proposition sowohl auf schwerinischer wie strellitzischer Seite etwas Neues. Die dritte strellitzische Proposition bezieht sich auf die von Berlin über Meustrelitz nach Stralsund zu erbauende Eisenbahn, und verlangt dazu einen ständigen Beitrag, worüber der Kommissar angewiesen sei, den Ständen, unter Bezugnahme auf die im Kreise darüber bereits gepflogenen Verhandlungen, Näheres mitzutheilen, sowohl bezüglich des jetzigen Standes des Unternehmens wie mit Bezug auf die Größe und den Modus der verlangten Landeshilfe. Der Großherzog gebe sich gern der Hoffnung hin, „daß die getreuen Stände ihren oft bewährten Patriotismus auch bei diesem für die Verkehrsverhältnisse des Landes so hochwichtigen Unternehmen willigst betheiligen werden.“ Die dritte schwerinsche Landtags-Proposition hat es mit einem Mittel gegen die zunehmende Entvölkerung und dem daraus entstandenen Mangel an Arbeitern zu thun, und dieses soll in einem Gesetz bestehen, welches die Begründung von kleinen Erbpachtstellen im Ritter-schaftlichen erleichtert und begünstigen soll. Der Gesetzentwurf selbst liegt noch nicht vor; man erfährt aus der Proposition nur, daß er auf theilweise Abänderung und Ergänzung einer auf denselben Gegenstand bezüglichen Verordnung vom 6. Febr. 1827 gerichtet ist.

Es hat — wie die Proposition bemerkt — der Aufmerksamkeit des Großherzogs nicht entgehen können, daß nach den jetzt vorliegenden unabweisbaren Erfahrungen die gedachte Verordnung ihren Zweck nicht erreicht hat. Sie war bestimmt, die Verleitung und Erwerb kleiner Grundbesitzungen durch volles Eigenthum oder durch Erbpachtrecht zu erleichtern, indem sie den Schluß der Verhandlungen bildete, welche bald nach Aufhebung der Leibeigenschaft durch die Patentverordnung vom 18. Januar 1820 stattgefunden haben, nachdem die gedachte Verordnung die Wichtigkeit der Begründung kleiner Grundbesitzungen ausdrücklich anerkannt und neben anderen nothwendigen Einrichtungen besonders hervorgehoben hatte. Wenn gleichwohl seit jener Zeit die Begründung kleiner Grundbesitzungen in den ritterschaftlichen Gütern nicht oder doch nur in einem sehr geringen Umfang stattgefunden hat, zu welchem, die Wohlthat des Landes tief berührenden Resultate allerdings auch andere Ursachen mitgewirkt haben, welche zum Theil nicht auf dem Gebiet der Gesetzgebung liegen und daher erst dann mehr und mehr zurücktreten werden, wenn richtig erkannte Interessen für die Begründung kleiner Grundbesitzungen geltend machen, so erkennt der Großherzog es zunächst für eine Pflicht der Gesetzgebung, die in ihr liegenden als Hindernisse des gedachten Zweckes erkannten Bestimmungen übrigens mit Berücksichtigung aller wohlverworbenen Rechte abzuändern und daher die Verordnung vom 6. Febr. 1827 einer Revision zu unterwerfen.

Itzehoe, 23. Nov. Im hiesigen Kasino ist ein Schisma ausgebrochen. Vor 1 1/2 Jahren wurde ein Porträt des Erbprinzen von Augustenburg mit der Unterschrift „Friedrich VIII., Herzog von Schleswig-Holstein“ im Gesellschaftslokal aufgehängt. Als der Besuch des Statthalter v. Gablenz bevorstand, ließen zwei Mitglieder der Direktion das Bild wegzunehmen, das dritte Mitglied ließ es wieder aufhängen, die beiden andern dann noch einmal wieder abnehmen. Eine gestern zusammengetretene Generalversammlung hat die Wegnahme des Bildes gebilligt, worauf ein Theil der Minorität aus dem Kasino austrat.

Wie man der „Samb. Ztg.“ schreibt, hat der F. J. M. Frhr. v. Gablenz in Wilsberg, das er auf seiner Rundreise ebenfalls besuchte, gelegentlich dem versammelten Publikum gegenüber geäußert:

Ich werde nach wie vor an den in der Proklamation beim Antritt meiner provisorischen Regierung ausgesprochenen Grundätzen festhalten; ich werde stets die geistigen und materiellen Interessen der Einwohner des Herzogthums Holstein, sowie die bestehenden Landesgesetze beachten, damit kein Holsteiner bei meinem eventuellen Weggehen von hier sagen kann, ich habe rechtlos regiert. Ich will hier im Lande nicht als türkischer Pascha regieren.

Kiel, 25. Nov. Die heutige „Kieler Ztg.“ reproduziert das Gerücht von der Verlobung des Prinzen Christian von Augustenburg mit der Prinzessin Helene von Großbritannien, ohne jedoch die Wahrheit desselben verbürgen zu können, und fügt hinzu, daß der Prinz allerdings im nächsten Monat nach London reisen wird.

Tönning, 20. Nov. (Nordb. Ztg.) Den Lehnsmanen in der Landschaft, welche auch polizeiliche Funktionen ausüben, war kürzlich von der Stallerchaft die Weisung zugegangen, auf Augustenburgische Rundgebungen in ihren Distrikten ein wachames Auge zu haben und erforderlichen Falls dagegen einzuschreiten. Diese Weisung hat dem Lehnsmann Pauls in Ulvesbüll Veranlassung gegeben, dem Staller die schriftliche Anzeige zu machen, daß er solchen Befehl nicht als für sich maßgebend betrachten und nur den „Herzog Friedrich“

als seinen rechtmäßigen Landesherren anerkennen könne. In Folge dessen ist der gedachte Lehnsmann in diesen Tagen vor die Stallerchaft zitiert worden.

Czernförde, 22. Nov. Nach der „Kieler Ztg.“ soll der Bürgermeister Spethmann hier selbst um die Entlassung von den ihm anvertrauten Aemtern nachgesucht haben.

Flensburg, 22. Nov. Dem „Alt. Merkur“ zufolge soll eine Nummer der „Nordb. Ztg.“ hier in einer Anzahl von Exemplaren polizeilich mit Beschlagnahme belegt worden sein, weil sie einen inkorrekten Bericht über die Rede des Generals v. Mantuffel in Sonderburg brachte. — Der hiesige Magistrat gab dem Gouverneur nach seiner Rückkehr aus Aßen ein Diner, bei welchem mehrere preußenfreundliche Toaste ausgebracht wurden.

Berlin, 25. Nov. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ bringt gegenüber den konservativen Organen, welche es widersinnig genannt hatten, anzunehmen, der Kaiser Napoleon werde die Entwicklung Europas und Deutschlands fortan ihren ruhigen Gang gehen lassen, — einen langen Artikel, welcher nachzuweisen sucht, daß des Kaisers Bestreben nach Aufrechterhaltung des europäischen Friedens aufrichtig sei, weil ihm nach allen äußeren Erfolgen nur noch die Befestigung seiner Dynastie als eigentliche Krönung des Gebäudes übrig bleibe, und diese nur erreichbar sei, wenn er durch Weiterführung und Vollendung tiefeingreifender innerer Reformen seine politischen Gegner entwaffe.

Berlin, 26. Nov. Am 2. Dez. wird J. Maj. die Königin Augusta aus Koblenz hier wieder eintreffen. Die Rückkehr der Kronprinzlichen Herrschaften aus England steht zum 8. k. M. zu erwarten. Am 9. Dez., Abends um 7 Uhr, findet im hiesigen Schloß die feierliche Vermählung J. K. S. der Prinzessin Alexandrine mit Sr. Hoheit dem Herzog Wilhelm von Mecklenburg statt. — Dieser Tage ist der k. sächsische Gesandte am hiesigen Hof, Graf v. Hohensthal, auf seinen Posten in Berlin wieder angekommen. Die Rückkehr des kais. österreichischen Gesandten, Grafen v. Karolyi, hat noch eine Verzögerung erfahren. Der Graf ist kürzlich von Wien aus nochmals auf seine Güter nach Ungarn gegangen. — Wie verlautet, ist demnach das Verbot zweier, hier mehrmals gerichtlich verurtheilte Wiener Blätter zu gewärtigen. Man nennt als solche die „Presse“ und die „Neue Freie Presse“. — Die neueste Nummer des Justizministerialblattes bringt ein vom 8. Sept. datirtes Erkenntniß des k. O. b. r. v. a. s., worin ausgeführt wird, daß in Fällen, wo der Angeklagte sich mehrerer Vergehen schuldig gemacht hat, die mit Geldbuße zu bestrafen sind, in dem Erkenntniß jedesmal die Gesamtsumme aller dieser Geldstrafen verhängt werden muß. Sind dagegen die Vergehen mit Gefängnis zu bestrafen, so kann die Dauer der Haft bis auf das Maß der durch das schwerste Vergehen verwirkten Strafe herabgesetzt werden. — Sr. Maj. der König empfing gestern u. A. den preussischen Gesandten in Wien, Geh. Rath v. Werther, und den General v. Hinderlin, der so eben aus Schleswig-Holstein gekommen ist, wo er an den Verhandlungen der Befestigungskommission Theil genommen hat.

Wien, 23. Nov. Sämmtliche Landtage diesseits der Leitha und in den Küstenprovinzen sind heute eröffnet worden. Das September-Patent wurde allen gleichmäßig als „kaiserliche Bottschaft“ vorgelegt und von den Landtagen von Wien, Linz, Graz, Salzburg, Klagenfurt und Bregenz, also den national nicht gemischten (rein deutschen), durch einen, wie es scheint, vollkommen identischen Antrag auf Niederlegung eines Ausschusses zum Behuf der Berathung und Antragstellung über die Rückwirkung der Siffrungsnote auf das Landeswohl beantwortet. (S. den Wortlaut des Antrages in Nr. 280 d. Bl.) Mit Ausnahme des Landtages von Linz, in welchem zwei kirchliche Würdenträger gegen den Antrag stimmten, rief derselbe eine eigentliche Diskussion nicht hervor, die Annahme erfolgte vielmehr einstimmig gegen die von den Regierungsvertretern theilweise abgegebene Erklärung, daß das September-Patent nicht als Vorlage, sondern lediglich als eine „Notifikation“ zu betrachten sei, über welche keine Berathung durch Ausschüsse stattfinden habe. Wie wenig diese Erklärung den Anschauungen der Majorität der deutschen Abgeordneten entspricht, zeigt u. A. die Thatsache, daß in dem niederösterreichischen Landtag (Wien) sogar der Cardinal Rauscher für den Antrag stimmte und in den betreffenden Ausschuss mitgewählt worden ist. Dagegen scheint der „Vater der Verfassung“, Hr. v. Schmerling, nichts zur Rettung seines Wertes beitragen zu wollen; — er blieb bei der Abstimmung über den Antrag sitzen. Einen wesentlich andern Weg haben die Landtage von Prag, Brünn, Laibach, Czernowitz, Troppau und Lemberg eingeschlagen, aus deren Mitte, und zwar von nationaler oder feudaler Seite, Anträge auf Erlass von Dankadressen an den Kaiser aus Anlaß des September-Patents ausgegangen sind. Indessen steht bereits in der nächsten Sitzung des Prager Landtages von Seiten der meisten deutschen Abgeordneten eine Erklärung bevor, welche die Wiederherstellung des sistirten Reichsrathsvertretungs-Gesetzes und der Februar-Verfassung verlangt. — Von den sonstigen Vorlagen, welche den Landtagen gemacht wurden, ist von allgemeinerem Interesse nur der Entwurf eines Gesetzes

über die Bildung evangelischer Landsgemeinden in Tirol, wonach die Bildung solcher Gemeinden von der Genehmigung der Regierung im Einverständnis mit der Landesvertretung abhängig gemacht wird. Dadurch wäre das Protestanten-Patent beseitigt und der Protestantismus in Tirol, bei den bekannten Gesinnungen des Tiroler Landtages, für lange Zeit rechtlos gemacht.

Der Reise des preussischen Botschafters Frhrn. v. Werthner nach Berlin soll eine ausdrückliche Berufung von Seiten seiner Regierung zu Grunde liegen.

Die „Abendpost“ bespricht die Anlehensoperation, welche den Kapitalisten große Vorteile gewährt; sie gibt zu, daß alle diese Vorteile schließlich wirkungslos bleiben würden, wenn die europäische Geldwelt nicht zu der Ueberzeugung gelangt wäre, daß die kais. Regierung einmal eine geregelte Finanzwirtschaft durchzuführen will und darum auch kein Opfer zu hoch findet, um mit Herbeiziehung auswärtiger Kapitalkräfte dieses schwierige Ziel zu erreichen. Dann werden die Schwierigkeiten aufgezählt, mit welchen die Finanzverwaltung bei dem Abschluß zu kämpfen hatte. Die Regierung habe die Wahl gehabt zwischen einem Steueranlehen und einem ausländischen Anlehen zu sehr ungünstigen Bedingungen. Man habe sich, um die heimischen Kapitalkräfte zu schonen, zu letzterem Modus entschlossen. Sodann heißt es:

Diese volkswirtschaftlichen Erwägungen sind die Genese einer Operation, die allerdings dadurch, daß sie sich so ungewöhnlich in die Länge gezogen, dem Staate auch ungewöhnliche Opfer aufbürdet; allein die moderne Finanzgeschichte lehrt uns, daß Frankreich z. B. in den ersten Jahren der Restauration eine hundertprozentige Anleihe unter 60 aufgenommen und die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren ihre hundertprozentigen Bonds sogar mit 40 und noch billiger hergaben, um dem Staate im Moment einer großen Bedrängnis die Mittel zu seiner Existenz zu sichern. Oesterreich selbst hat nach den Franzosenkriegen noch viel härtere Bedingungen als jetzt bewilligen müssen, um ein Anlehen unterzubringen; und doch hat sich der Kredit unseres Staates in den darauffolgenden Friedensjahren in einer Weise gehoben, die den Staatsgläubigern Oesterreichs den reichsten Gewinn an ihrem Papierertrag brachte. Nur hat man diese dreißigjährige Friedensperiode leider nicht zur Hebung des Wohlstandes der Völker auszunutzen verstanden, während man heutzutage der Wanderlust des auswärtigen Kapitals nach Oesterreich nur aus diesem Grund so reichlichen Vorschub leistet, weil man der Industrie und dem Handel, sowie dem Grundbesitz nicht die Mittel zu ihrer Existenz erschweren, sondern vielmehr ihrer gedeihlichen Entwicklung den ausgedehntesten Vorschub leisten will.

* **Wien**, 24. Nov. Einige Wiener Blätter erwähnten dieser Tage einer auf den Abzug der kais. französischen Truppen aus Rom bezüglichen Depesche, die der päpstliche Nuntius hier mitgeteilt haben sollte. Nach der „Wien. Ztg.“ entbehrt die betreffende Nachricht aller tatsächlichen Begründung. — Dasselbe Blatt zeigt heute die Ernennung von vierzehn Damen der ungarischen Aristokratie zu Palastdamen der Kaiserin an — eine Thatfache, die wohl mit den Vorbereitungen zur Kaiserreise nach Ungarn zusammenhängt.

Wien, 25. Nov. (Frh. P.-B.) Die Vorverhandlungen über den französischen Handelsvertrag sind in befriedigender Weise beendet. Die Verhandlungen selbst werden in Paris geführt. Fürst Metternich wird als Bevollmächtigter, Schwarz als technischer Beirath dabei handeln.

† **Wien**, 25. Nov. Die Verhandlungen zwischen Wien und Berlin in der Frankfurter Angelegenheit sind, wie wir hören, einstweilen bis zur Replik (einschließlich) gelassen. Eine preussische Depesche vom 21. Okt., an den gemeinsam dem Frankfurter Senat gegenüber gethanen Schritt anknüpfend, regte die weitere Verfolgung des Gegenstandes hier an; Oesterreich antwortete in einer Depesche vom 4. Nov.; Preußen endlich replizierte in einer Depesche, welche das Datum vom 14. Nov. trägt. Eine österreichische Duplik ist noch nicht abgegeben, wiewohl die seitdem zwischen dem Grafen Mensdorff und Frn. v. Werthner wiederholt mündlich gepflogenen Erörterungen über den von Oesterreich bis jetzt festgehaltenen Standpunkt keinen Zweifel gestatten. Während Preußen — dahin läßt sich der Inhalt der bisherigen mündlichen und schriftlichen Verhandlungen kurz zusammenfassen — den Nachdruck darauf legt, daß man gerade in Frankfurt den „Herb der Revolution erlasse“, vertritt Oesterreich fortgesetzt die Ansicht, daß die Großmächte unmöglich außerhalb ihres Gebietes eine Vereinsthätigkeit ächten könnten, welche sie innerhalb dieses Gebietes unbedenklich gewähren ließen, und daß eine Ausnahmemaßregel gegen einen einzelnen Bundesstaat nicht bloß bundesrechtlich unzulässig, sondern sogar vollständig zwecklos sei, insofern die „Revolution“ wenn man sie in Frankfurt lahm lege, mit ungeschwächten Fonds sich einfach vor den Thoren von Frankfurt werde etablieren können.

Oesterreichische Monarchie.

Agram, 26. Nov. (N. Fr. Ztg.) Es ist der Landtag, nachdem die Mitglieder der Fusionspartei beschloffen haben, an den Sitzungen vorläufig keinen Theil zu nehmen, nicht mehr beschlußfähig. Eine Deputation der Fusionspartei wird dem Kaiser eine Beschwerdeschrift gegen den Banus überreichen. Unter den Absentirten befindet sich auch Bischof Strossmayer.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 23. Nov. Der „Monitorul“ veröffentlicht ein Schreiben des Fürsten Cusa an Fuad Pascha als Antwort auf die Ermahnungen vom 2. Sept., worin der Fürst jede Einmischung der Pforte in die innern Angelegenheiten der Donaufürstenthümer schroff zurückweist.

Italien.

* **Florenz**, 24. Nov. Die Abgeordnete kammer hat in ihren drei Sitzungen 288 Wahlen bestätigt.

* **Florenz**, 24. Nov. Garibaldi hat nachstehendes Schreiben an seine Wähler in Neapel erlassen:

Caprera, den 24. Nov. Meine lieben Freunde! Ihr besitzt eine wahre Familienanhänglichkeit an mich, wofür ich Euch von Herzen

dankebar bin. Niemals werde ich das wackerere neapolitanische Volk und meine Wähler vom ersten Bezirk vergessen. Zwischen Euch und mir befindet sich ein glorreiches, unschätzbbares Erinnerungsblatt. Gestattet mir also, mich etwas freier Euch gegenüber auszudrücken. Ich kann dieses Mal Eure Wahl weder annehmen, noch Euch nützlich sein, da mir die Verhältnisse nicht gestatten, den Parlamentssitzungen regelmäßig beizuwohnen. Wollt Ihr mir aber einen Beweis Eures Zutrauens geben, so wählt an meine Stelle den Obersten Misfiori, einen eben so einsichtsvollen, reinen und festen Bürger als ausdauernden und tapfern Soldaten der Unabhängigkeit. Er hat mit mir und unsern Tapfern großen Antheil an der glorreichen Ertrungenschaft Eurer Freiheit. Er wird stolz und würdig sein, Euch zu vertreten, und Ihr werdet, indem Ihr ihn wählt, mir und dem Häupten Kapferer, die wackern Helden sind, wie Ihr selber, einen Beweis Eurer Liebe geben. Stets der Eure für das ganze Leben. G. Garibaldi.

Wie die „Turin. Ztg.“ meldet, beträgt die Gesamtsumme aller Ersparnisse, welche der Kriegsminister bereit ist, in seinem Budget eintreten zu lassen, nicht mehr als 19 Mill. Fr.

Frankreich.

* **Paris**, 25. Nov. Der „Moniteur“ enthält heute einen Bericht des Finanzministers Fould über die vielbesprochene Reform in dem Steuererhebungs- Personal. Diese Reform besteht zunächst in der Vereinigung der beiden Stellen eines Generaleinnehmers und eines Rentanten (payeur) in jedem Departement. Den beigefügten Motiven zufolge kann die Ersparnis, welche sich aus der neuen Organisation für das Budget ergeben wird, auf 2,500,000 Fr. ange schlagen werden. Es ist dies mehr als ein Drittel der festen Besoldungen, Zulagen und Kommissionen der Generaleinnehmer und Rentanten.

Der „Constitutionnel“ bringt die beiden nachfolgenden offiziellen Mittheilungen:

1) Eine gewisse Partei sucht beharrlich der päpstl. Regierung Absichten und Handlungen bezulegen, die ihr nicht angehören, und sie namentlich für das Thun und Treiben, wie überhaupt für das Vorhandensein von Räuberbanden verantwortlich zu machen. Nachrichten, die auf telegraphischen Wege vor zwei Tagen aus Rom gekommen sind und heute vollkommen bestätigt werden, geben diesen Behauptungen ein glänzendes Dementi. Nicht allein unterstügt die Regierung des hl. Vaters die Räuber unter der Hand nicht, sondern sie bekämpft sie sogar offen und in nachdrücklicher Weise. Die letzten Nachrichten bestätigen drei verschiedene Gesichte zwischen den päpstlichen Gendarmen und den Räubern, in welchen Letztere einen tüchtigen Denktzettel empfangen und die Gendarmen mehrere Tode und Verwundete gehabt haben. Endlich wurden Individuen mit den Waffen in der Hand festgenommen. Auch trifft die päpstliche Regierung alle Vorkehrungen, um das Räuberwesen wirksam zu bekämpfen und die Ordnung an den Grenzen wie im Innern zu handhaben. Sie beweist durch dies Verhalten, daß sie weit entfernt, wie man vorgab, gegen die Konvention vom 15. September zu protestiren, eifrig bemüht ist, allen Nothwendigkeiten der Lage, wie sie ihr nach Räumung des Kirchengebietes durch die Franzosen gemacht werden wird, gebieten und mit ihren eigenen Streitkräften über die innere Sicherheit wachen zu können. Wir können hierbei die Bemerkung nicht zurückhalten, daß die kräftige Unterdrückung des Räuberwesens an der Grenze durch die päpstl. Truppen mit den an derselben Grenze aufgestellten italienischen Streitkräften eine gewisse Uebereinstimmung bedingt, die sich gewiß vor wenigen Jahren noch schwer hätte herstellen lassen.

2) Man beschäftigt sich sehr mit dem Konflikt, der zwischen Spanien und Chili ausgebrochen ist. In der That weiß man, daß, unabhängig von der Verzögerung, welche jeder vorsehende Krieg in die allgemeine Geschichte bringt, England und Frankreich im Besonderen in Chile beträchtliche Handelsinteressen haben. Petitionen suchen in beiden Ländern um ein handelsmäßiges Auftreten der Regierung nach. Wir glauben, daß diese Petitionen nicht notwendig waren. Man weiß, daß Frankreich und England stets darauf bedacht waren, die Interessen und Rechte ihrer Staatsangehörigen im Ausland zu vertreten. Wir zweifeln deshalb nicht daran, daß sie bereits ihre Stimme in Madrid erhoben haben. Allein wenn der Konflikt, dessen Ausbruch sie bedauern, durch schiedsrichterlichen Spruch, wie man zu hoffen berechtigt ist, geschlichtet werden kann, so ist es nicht zweckmäßig, von vornherein das Auftreten der einen Partei zu verdammen und ihr alle Schuld zu geben. Die französische und englische Regierung müßten also in den Bemerkungen, die sie an die spanische Regierung gelangen lassen konnten, jede vorgefasste Meinung und jede Leidenschaftlichkeit vermeiden, die man in der Sprache einiger Blätter der beiden Länder wahrnehmen konnte. Die von ihnen stets beobachtete Mäßigung und Zurückhaltung scheinen übrigens bereits ihre Früchte getragen zu haben. Die spanische Regierung soll, wenn wir gut unterrichtet sind, sich bereits geneigt gezeigt haben, die guten Dienste auswärtiger Mächte für die Regelung ihrer Differenz mit Chili anzunehmen.

Die „Patrie“ theilt mit, daß die freundschaftlichen Eröffnungen Englands in Madrid zu gegenseitigen Erklärungen geführt haben. Von englischer Seite soll man zugegeben haben, daß der englische Generalkonsul in Santiago nicht völlig seine Pflicht erfüllt habe. Er hätte früher einschreiten sollen, um durch unparteiische Vermittlung den gegenwärtigen Entwicklungen zuvorzukommen. Auch die Vertreter der übrigen Staaten soll ein ähnlicher Vorwurf treffen. — Nach einem der „Patrie“ aus Madrid zugehenden Telegramm soll das spanische Kabinett als Beweis seiner versöhnlichen Gesinnung den Befehl erteilt haben, zu dem an und für sich zur effektiven Blockade der chilenischen Küste ungenügenden Geschwader des Admirals Pareja keine weiteren Verstärkungen stoßen zu lassen.

Wie der kleine „Moniteur“ meldet, haben die Königreiche Griechenland und Dänemark ihre Bereitwilligkeit hier erklären lassen, an der Cholera-Konferenz Theil zu nehmen. — Graf v. B. Solty hat dem Minister des Innern die Summe von 4178 Fr. als Ertrag des von der 34. pommerschen Militärmusik zum Besten der Pariser Cholera-Kranken gegebenen Konzerts übersandt. — Der „France“ zufolge hätte man sich in den letzten Zusammenkünften des Ministerraths und des Geheimen Raths mit Verfassungsfragen beschäftigt. Dasselbe Blatt will wissen, daß der „Moniteur“ nächstens offiziell ankündigen werde, Prinz Napoleon werde die Präsidentschaft der kaiserlichen Ausstellungskommission wieder übernehmen. — Die „Liberté“ macht die Be-

merkung, daß bis jetzt noch kein einziger Russe sich unter den nach Compigne Eingeladenen befindet. — Graf v. Appony, österreichischer Gesandter in London, befindet sich augenblicklich in Paris. — Rente 68.60, Cred. mob. 875, ital. Anl. 64.80.

* **Paris**, 25. Nov. Die Berichte über die blutigen Vorgänge in Martinique haben hier einen allseitigen und tiefen Eindruck gemacht, sowohl auf die Armee wie auf die bürgerliche Welt. Die verschiedenen Privatmittheilungen stellen die Sache zum Theil in einem andern und für die Zuaven weniger ungünstigen Licht dar, als der ungemein lange und dabei doch an manchen Stellen nicht sehr klare offizielle Bericht des „Moniteur de la Martinique“. Auch bei der Beerdigung der Opfer dieses sinnlosen Kampfes wäre es beinahe wieder zu blutigen Auftritten gekommen. Wie das genannte Blatt meldet, sollten nur 30 Zuaven ihre gefallenen Kameraden zur Ruhe geleiten. Allein es strömten deren eine Menge herbei, theilweise aus der Stadt, wo sie sich vereinzelt herumtrieben, theilweise von Bord des „Allier“, von wo sie heimlich oder mit offener Gewaltthatigkeit sich entfernten. Da man ihnen sämmtlich nicht den Eintritt in das Spital gestattete, so überschütteten sie die wachhabenden Gendarmen mit einem Steinregen. Uebermüht mußte mit blanker Waffe gegen die Wüthenden eingeschritten werden, wobei es natürlich nicht ohne Blutvergießen abging. Am folgenden Morgen wurden die Zuaven, je zu 200, aus dem Fort Defaix an Bord des „Allier“ gebracht, der gegen 4 Uhr Nachmittags die Anker lichtete. Später wurden noch von der Gendarmerie 11 Nachzügler eingefangen und an Bord der „Menfe“, die am 31. Okt. ankam, nachgeschickt.

Das ebenfalls in Martinique erscheinende Blatt „les Antilles“ stellt den Hergang der Sache folgendermaßen dar:

Freitag den 27. Okt., Morgens, kam in Fort de France das Transportschiff „Allier“ mit 1,039 Mann zweier Regimenter an, welche von 5 Offizieren geführt und nach Meriko bestimmt waren. Diese Zuaven wurden sofort im Fort Defaix untergebracht, wo sie die ganze Zeit des Anhaltens des Schiffs verleben sollten. Es sollte ihnen gestattet werden, nach und nach in Gruppen von je 25 bis 30 Mann in die Stadt zu gehen. Durch ein unvorhergesehenes Zusammentreffen geschah es, daß an demselben Tage Nachmittags das gemischte Transportschiff „Bar“ mit 660 zu entlassenden Militärs ankam. Diese Militärs wurden gleich den Zuaven im Fort Defaix kasernirt. Alles Dies geschah am 27. vor sich. Bereits früh am 28. gaben sich unter den Zuaven des „Allier“ Symptome von Gährung kund. Dieselben verlangten in Masse die Freiheit, nach der Stadt zu gehen und aller Vergnügungen zu genießen, die sie sich verschaffen könnten; gleichzeitig beklagten sie sich über die unerhört hohen Preise des Weines und anderer Getränke in den Marktenbereichen des Forts. Nachmittags nahmen die Beschwerden und Unordnungen den Charakter einer wahren Empörung an. Die Unzufriedenen führten sich in Masse auf den Posten des ersten Marine-Infanterieregiments, welcher den Eingang ins Fort besetzt hielt, entwaffneten ohne sonderliche Mühe die wenigen überumpelten Soldaten, und schoben sie aus der Gitterthür des Forts hinaus, welche sie hinter sich verschloffen. Auf diese Weise hatten sie etwa 20 Flinten in ihren Händen. Gefährlicher aber als durch diese Waffen wurden die Meuterer durch ihre dichtgedrängte Masse und durch die Aufregung, in welcher sie durch die Sonnenhitze und übermäßigen Weingenuß versetzt worden waren. Die zurückgedrängten Soldaten des Postens wurden drängen von ihrem Hauptmann gesammelt und wieder gegen die Meuterer geführt; sie griffen dieselben mit dem Bayonnet an und steckten ihrer 10 nieder. So wurde Zeit gewonnen, bis Verstärkung eintraf. Hätte man in einem Augenblick wieder Herr des Forts geworden; aber man schreite vor einer solchen Meuterei zurück. Zwischen 4 und 6 Uhr Abends kam es zu einem wirklichen Gewehrkampf, welcher zur Folge hatte, daß die Marineinfanterie 3 Tode und 10 Verwundete, die Artillerie einen Toden und einen Verwundeten, die Zuaven aber 17 Tode und etwa 40 Verwundete zählten. Die Ausschiffungskompanie der Kriegsschiffe hatten, obgleich sie in Linie neben der Infanterie aufgestellt waren, weder Tode noch Verwundete. Man glaubte zu bemerken, daß die Zuaven es vermindern, auf sie zu schießen. Um 6 Uhr hörte das Feuer auf und beiderseits lagerte man auf der Erde, jedoch hatten die Truppen bereits wieder die Zugbrücke inne. Die Zuaven, welche vollständig betrunken waren, schloffen gegen Mitte der Nacht fest ein. Nun rückten die Truppen unter der Anführung ihres Geniebataillonschefs, Frn. Regad, mit Schritt und auf den Beben gehend in das Fort ein; in einer Minute waren die Zuaven umzingelt, während die Matrosen, die sich an dem Eingang des einen Hofes in den andern aufstellten, sie in zwei Hälften theilten. Als die Zuaven sich gefangen sahen, brachten sie die geraubten Waffen und unterwarfen sich dem Gouverneur, der Morgens um 6 Uhr im Fort erschien. Alles war geneigt.

Spanien.

* **Madrid**, 24. Nov. Die spanischen Blätter beschäftigen sich mit der Angelegenheit Chilis. Die „Epoca“ sagt: „Hier, wo wir das Gefühl der nationalen Würde bis auf den höchsten Punkt erheben, sollten wir begreifen, daß wir einen schlechten Weg einschlagen, wenn wir mit Drohungen beginnen, um vom Volke Chilis Genugthuung zu verlangen.“ Der „Diario Espanol“ glaubt versichern zu können, daß der „Times“ und allen Kaufleuten der Welt zum Trost Chili entweder die geforderte Genugthuung gegeben habe, oder auch die Strenge der Waffen erleben müsse. — Espartero hat das Manifest der Progressisten noch nicht unterzeichnet.

Belgien.

Brüssel, 24. Nov. (Köln. Ztg.) Obgleich die heutige Kamersitzung durch einen Vortrag des Frn. Hymans eröffnet ward, der die Ministerien aufforderte, sich endlich über ihre Zwitterstellung zwischen der Befassung und der Encyclica in kategorischer Weise auszusprechen, so war die Debatte im Ganzen doch minder lebhaft und minder interessant, als in den vorhergehenden Tagen. Es fehlt der Opposition eben an Stoff zu thatsächlich begründeten Beschwerden gegen das liberale Regiment, und der ewigen Deklamation über Gewaltthatigkeiten, für deren Vorhandensein man auch das schärfste Argument nicht beibringen vermag, ist das Haus nachgerade müde. Es gehörte das ganze Talent des Frn.

Discour dazu, um dem Thema zum fünften oder sechsten Mal Gehör zu verschaffen, aber Neues hat auch er nicht vorgebracht. Eben so wenig Anspruch auf Neuheit dürfte das Märchen machen, welches der gelehrte Professor zur Verteidigung seines Freundes Dechamps und zum Beweise, daß es eine „deligische Frage“ gebe, aufsticht, indem er „nach bester Erkundigung“ versichert, Graf Cavour habe zur Zeit des Pariser Kongresses dem französischen Kaiser Belgien als Honorar für die Befreiung Italiens angeboten. Als ob ein Minister ein von der ganzen Welt anerkanntes und garantiertes Königreich nur so ohne Weiteres „anzubieten“ habe, um dessen Existenz in Frage zu stellen! Hr. Rogier hielt es für Pflicht, jene „unwahrscheinliche und unverständige“ Fabel, obgleich man dieselbe hundertmal widerlegt, nochmals auf entscheidende zu widerlegen, und knüpfte an diese Verichtigung eine begeisterte Huldigung für den großen italienischen Staatsmann, welcher den systematischen Verleumdungen und Anschwärmungen der Reaktion nur deshalb ausgesetzt sei, weil er sein Vaterland den Klauen des auswärtigen und innern Despotismus entrissen und durch die Freiheit groß und einig gemacht habe.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Nov. Das Landsting beschloß nach dreistündiger lebhafter Debatte mit 32 Stimmen gegen 15 über den Grundgesetz-Entwurf zur zweiten Behandlung überzugehen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 27. Nov. (Sch. N.) Gestern Abend sind 4000 Mann Soldaten hier einmarschirt, um etwaigen Aufruhr in Folge der Beratungen des Reichsraths über die Verfassungsreformen vorzubeugen. — Der fünffache Giftmörder, Pfarrer Lindbäck, hat sich im Gefängnis erhängt.

Großbritannien.

London, 24. Nov. Prinz Ludwig von Hessen und Gemahlin haben sich gestern von der Königin verabschiedet und ihre Rückreise nach dem Continent angetreten.

Eine Reihe von öffentlichen Kundgebungen, welche die Stimmung des Landes in Bezug auf die Frage der Parlamentsreform darlegen sollen, ist durch eine Volksversammlung in Bradford eingeleitet worden. Der Mayor der Stadt hatte auf Grund eines von 2500 Personen, darunter vielen hervorragenden Bürgern und den meisten Mitgliedern des Stadtraths, unterzeichneten Gesuchs die Versammlung einberufen. Der Hauptredner des Abends war der parlamentarische Vertreter von Bradford, Hr. E. Forster; seine Rede hat um so mehr Gewicht, als Hr. Forster, wenn der „Globe“ gut unterrichtet ist, als Unterstaatssekretär für die Kolonien in das Ministerium gezogen werden soll.

Er äußerte seine feste Zuversicht, daß die jetzige Regierung einen ihrer würdigen Reformvorschlages einbringen werde. Wie hoch auch der Patriotismus und der Arbeitseifer Lord Palmerston's zu schätzen gewesen sei, ein ernster Reformator sei der verlorene Premier nie gewesen; er habe sich auch nicht dafür ausgegeben. Lord Russell aber als Premier und Hr. Gladstone als Führer des Unterhauses könnten und würden sich der Reformfrage nicht entziehen; und neben, oder vielmehr noch vor ihr ein dritter Mann, der leider keine amtliche Stellung besitze, die Verpflichtung, eine Entscheidung herbeizuführen: John Bright. Statt zu fürchten, daß Carl Russell in seinem Alter jene Ueberzeugungen, die er bei der ersten großen Parlamentsreform so glänzend dargelegt, geändert habe, möge man aus den Worten, mit denen er eben eine neue Ausgabe seiner Reformschrift eingeleitet habe, den Beweis für sein treues Festhalten an der großen Sache entnehmen. Hinter Russell und Gladstone stehe eine achtunggebietende Armee. Vielleicht möchten Einige, die in Reich und Glied ständen, nicht besonders willig zum Kampf sein; aber Abgenötigt zu kämpfen sei ein Ding, zum Feinde übergehen und sich politisch tödt zu machen ein anderes. Der Redner mahnte die Partei als solche ab, einen Reformvorschlages einzubringen; der Regierung möge man die Verantwortlichkeit überlassen; die schwierige Frage, wo die Grenzen einer Ausdehnung des Wahlrechts zu ziehen, beantwortet Hr. Forster nur allgemein. „Was uns noth thut, ist ein Gesetz, welches den arbeitenden Klassen ihren Antheil gibt. Nicht den Antheil meine ich, welchen sie wohl schließlic erlangen werden, nicht einen überwältigenden Antheil; aber doch einen rechten Theil, der die bevorstehende Reform zu einer Aera in der Geschichte unseres Landes machen wird.“ Die vorgeschlagenen Resolutionen, welche den Premier zur Einbringung einer durchgehenden reformatorischen Maßregel, und zur Vermehrung jeder Verögerung eines solchen Schrittes auffordern, wurden unter großem Beifall angenommen; sie werden mit einer Denkschrift dem Carl Russell durch eine Deputation überreicht werden.

Unter Leitung der nationalen Reformliga fand eine ähnliche Versammlung gestern Abend in Birmingham statt, welches dem Cabinet Russell-Gladstone ein Vertrauensvotum gab und sich für allgemeines Stimmrecht (nur durch eine gewisse Frist der Ansfähigkeit beschränkt), sowie für geheime Abstimmung aussprach. Hr. John Bright war zur Theilnahme an den Verhandlungen eingeladen worden, lehnte aber brieflich ab, weil er schon zugesagt habe, in der ersten Woche des Dezembers einer Reformversammlung in Birmingham beizuwohnen; sonst würde er die Einladung gern angenommen haben.

Die zur Leitung des Fenierprozesses eingesetzte Spezialkommission wird am Montag ihre erste Sitzung halten. Es sind zwar von den Verteidigern der Angeklagten mannigfache Anstrengungen gemacht worden, dem Lauf der Dinge Einhalt zu thun. So hat der Advokat Butt im Namen Duby's, Deary's und Donovan's beim königl. Gerichtshof in Dublin einen Antrag gestellt, dessen Annahme die Untersuchung gegen die genannten drei Angeklagten der Spezialkommission entziehen würde; und voraussichtlich würden die übrigen Gefangenen für sich ein Gleiches verlangen haben. Hr. Butt motivirte seine Forderung durch die Annahme, daß in Dublin eine unparteiische Untersuchung nicht möglich sein, und daß gegen den Charakter und die Zusammensetzung der Kommission sich gewichtige Bedenken erheben würden. Sein Antrag ist abgewiesen worden.

London, 25. Nov. Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Preußen werden ihren Besuch bei der

Königin zwischen dem 6. und 8. Dez. abbrechen und ohne weiteren Aufenthalt in England nach Deutschland zurückkehren. — Nach dem „Star“ wird sich das Parlament am 25. Jan. versammeln, um den Sprecher zu ernennen. Die ordentliche Sitzung mit der Eröffnung durch die Thronrede wird erst am 1. Febr. beginnen. — „Morn. Post“ sagt, wenn Pareja Valparaiso bombardirt, würden die Seemächte aktiv interveniren.

James Stephens, das Haupt der Fenier in Irland, dem eine nicht gewöhnliche Elastizität des Geistes Niemand abzuspochen versucht, hat jetzt auch bewiesen, daß es ihm an körperlicher Gewandtheit nicht fehlen kann. Groß war die Freude der Polizei, da sie vor kaum 14 Tagen den glücklichen Fang machte, nun die Seele der Verschwörung hinter Schloß und Riegel zu haben; als aber der Gefangenwärter gestern Morgen um 4 Uhr seine Runde machte, fand er die Thür der Zelle offen und Stephens entflohen. Es ergab sich, daß 8 Thüren von außen durch Helfershelfer geöffnet worden waren, in dem Schloß der letzten hat noch ein Nachschlüssel. Im Gefängnisgarten fanden sich mehrere Tische, welche in einiger Entfernung aus dem Speisezimmer geholt worden waren, der eine über den andern an die Mauer angelehnt, und ein Baum erleichterte hier die Flucht. Zwischen 1 und 2 Uhr in der Nacht muß es Stephens gelungen sein, zu entkommen. Polizisten wurden ohne Verzug nach allen Seiten ausgeschickt und die Eisenbahn-Stationen besonders scharf bewacht, eine Spur aber ist noch nicht aufgefunden worden. Es heißt, Stephens sei von dem Dorf Howth (einem Küstenort etwa 2 bis 3 Wegstunden nordöstlich von Dublin) in einem Fischerboot auf die hohe See entkommen. Wiederum sind große Belohnungen ausgesetzt worden: 1000 Pfd. Stl. für die Einbringung des Entflohenen, 300 Pfd. Stl. für Mittheilungen, welche zur Verhaftung eines Beförderers der Flucht führen; und der gleiche Betrag nebst freiem Pardon wird Demjenigen zugesichert, der selbst einer der Helfershelfer, die Polizei auf die Spur des Flüchtlings bringen würde. Man bezweifelt nicht, daß ein Gefängnisbeamter entweder aus politischer Sympathie oder aus eigennütigen Beweggründen bei der Flucht hilfreiche Hand geleistet hat. In Dublin herrscht unabweisbar große Aufregung; man denkt an die Verstärkung der Garnisonen und der Befestigung der Forts, für welche man noch keine genügende Erklärung gefunden hat, und spricht wieder viel von den geheimnißvollen Schiffen, die man im Irischen Kanal erspäht haben will. Die wildesten und — was beruhigender ist — die verschiedenartigsten Gerüchte gehen von Mund zu Mund.

London, 26. Nov. Forster hat das Kolonial-Unterstaatssekretariat angenommen. — Die Admiralität erhielt gestern über Cuba die Meldung, daß auf Jamaica der Aufstand vollständig unterdrückt und Truppen sendungen überflüssig seien.

Amerika.

Neu-York, 15. Nov. (Per „Java“.) Am 13. d. hatte Hr. Seward eine lange Unterredung mit dem Präsidenten, als deren Gegenstand das Gerücht eine von der britischen Regierung gestellte förmliche Aufforderung an die Unionsregierung in Bezug auf die feniische Bewegung nennt. An dem Union-Square in Neu-York haben die Fenier ein großes Gebäude als Regierungs-Bureau eingerichtet. Nach der kanadischen Grenze sollen Truppen der Vereinigten Staaten abmarschirt sein, weil dort angeblich Widerwärtigkeiten in Folge der Forderung eines britischen Offiziers, einige aus Kanada entwichene Deserteure auszuliefern, zu befürchten sind. In halbamtlicher Weise ist gegen den britischen Konsul in der Havannah, Hr. Crawford, die Anschuldbung gerichtet worden, den Rebellen während des Kriegs direkten persönlichen Beistand geleistet zu haben; mit Hr. Crawford's Vorwissen und Zutun seien zwei Millionen Ballen Baumwolle und 50,000 Kisten Tabak durch die Wofabe gebracht worden. Auch ist eine Liste von Engländern veröffentlicht worden, die im Krieg den Rebellen Kriegscontenance zugeführt haben sollen. — Auf den Portsmouther Schiffswerften ist Befehl eingetroffen, den großen Panzerdampfer „Passaconaway“ und drei andere Dampfer unverzüglich febereit zu machen. — Laut bestimmter Angabe will die Regierung, um strenge Neutralität gegenüber dem mexikanischen Kriege zu bewahren, bewaffneten Scharen aller Art den Uebertritt auf das Gebiet der Vereinigten Staaten wehren und scharf darauf achten, daß keinem der kriegsführenden Theile Kriegshilfe zugesührt werde. General Logan ist zum Gesandten bei der Regierung der Republik Mexiko, als deren fester Freund er geschätzt wird, ernannt, und ihm als Gesandtschaftssekretär der vorherige Privatsekretär des Präsidenten Johnson, Hr. Browning, beigegeben worden; Anstellungen, mit welchen die Gerüchte von einer baldigen Anerkennung des Kaiserreichs gewiß schlecht zu vereinigen sind. — Die Gesetzgebende Versammlung von Südkarolina hat das die Sklaverei abschaffende Amendement zur Verfassung angenommen, so daß jetzt die Zahl der Staaten, welche das Amendement annehmen müssen, um es zu einem integrierenden Theil der Verfassung der Vereinigten Staaten zu machen, voll ist. — Preston King, der Einnehmer im Neu-Yorker Zollamt, hat sich um's Leben gebracht.

Kanada, Toronto, 14. Nov. Zwei Bataillone Freiwilliger sind zum Grenzdienst gegen feniische Einfälle beordert, das 60. Regiment ist von Montreal nach dem Westen Kanadas abgeandert worden.

Mexiko, (Ueber Neu-York, 15. Nov.) Aus Matamoras vom 31. Okt. meldet man über Neu-Orleans, daß das Schamkühnen um Matamoras fortdauere; sowohl Besatzung als Einwohner schafften Mangel an Lebensmitteln. Am 9. kamen in Rio Grande zwei Transportschiffe mit kaiserl. Verstärkungen an. Aus der Hauptstadt Mexiko ist nach der Havannah berichtet worden, daß General Artraga in Ruhecan [? Mechoacan] eine Niederlage erlitten habe und in Gefangenschaft gerathen sei; General Rosale soll bei Matamoras geschlagen und getödtet worden sein.

Baden.

Freiburg, 25. Nov. Die „Freib. Ztg.“ sagt berichtend, daß sich die H. Fauler, Schwarz und Wagner nicht als Vertreter des Gemeinderaths, sondern des katholischen Orts-Schulraths gestern in das erzbischöfliche Palais begeben haben, um eine völlig wahrheitsgetreue Darstellung des Verhaltens dieses Kollegiums in der bekannten Bedert'schen Angelegenheit Sr. Excell. dem Hrn. Erzbischof persönlich zu überreichen. Es schien dies den Mitgliedern dieser gebachten Behörde nöthig geworden zu sein, nachdem man in dem oberhirtlichen Erlaß vom 24. Okt. von mehrfachen, theils ungenauen, theils unrichtigen Annahmen ausging und dadurch derselben ungerechte Beschuldigungen zur Last gelegt worden sind. Sr. Excell. der Hr. Erzbischof hat das betreffende Schriftstück auf das freundlichste entgegen genommen, nochmalige genaue Prüfung der ganzen Angelegenheit zugesagt, und nach den der Abordnung gegenüber gemachten Versicherungen hat diese den freudigen Eindruck mitgenommen, wornach der Hoffnung Raum gegeben werden kann, daß die gewünschte friedliche Beilegung dieses Konflikts, als im Interesse der Schuljugend dringend geboten, erwartet werden darf.

Vermischte Nachrichten.

— Maulbronn, 25. Nov. (Sch. N.) Der Episkopus des hiesigen theologischen Seminars, v. Baumlein, ist heute, 68 Jahre alt, gestorben.

— Stuttgart, 26. Nov. (St. Anz.) Vermöge königl. Entschliessung ist die an der Polytechnischen Schule neu errichtete Professur für Kunstgeschichte dem Professor Lüste an der Polytechnischen Schule in Jülich, unter gleichzeitiger Bestellung desselben zum Lehrer an der Kunstschule, sowie zum Mitglied der Direktion der Kunstschule und der Kunstsammlungen des Staats, und die Professorenstelle für allgemein bildende Fächer (deutsche Sprache, Geschichte und Geographie) dem Professor Dr. Frauer am Gymnasium in Schaffhausen übertragen worden.

— München, 25. Nov. (Bayr. Bl.) Der Direktor der Gallerie, Clemens v. Zimmermann, ist in den verdienten Ruhestand getreten und an dessen Stelle Prof. Ph. Volz von der königl. Akademie der bildenden Künste ernannt worden. Direktor v. Zimmermann wird jedoch die Direktion über die neue Pinakothek und die Glyptothek beibehalten, welche bekanntlich Eigenthum des Königs Ludwig I. sind.

— Frankfurt, 25. Nov. Das „Frankf. Journ.“ schreibt: An der Berliner Börse wird das neue österreichische Anleihen nicht zur Subskription aufgelegt, ja es wird von derselben nicht einmal im Kurszettel notirt werden. Wer daran Schuld ist, daß die Berliner Börse diese freundschaftliche Ausnahmestellung einnimmt, darüber ist uns bis jetzt nichts Zuverlässiges bekannt geworden. Schwerlich wird man aber sehr greifen, wenn man über die Börsenkreise hinaus in „höheren Rüksichten“ die Erklärung sucht. Demselben Blatt wird von Wien telegraphirt: Die Kotirung der neuen österreichischen Anleihe soll durch die feindselige Haltung Preussens von der Berliner Börse ausgeschlossen werden. [Aehnliches berichtet das Pariser „Memor. diplom.“, das bekanntlich in Wien ganz intime Beziehungen hat. Es sagt: „Die preussische Regierung, welche mit der Idee liebäugelt, die finanziellen Verlegenheiten Oesterreichs ausbauen zu können, um dazu zu gelangen, die Annexion der Elbherzogthümer zur Ausführung zu bringen, hat einen solchen Verbruch über den glücklichen Abschluß der neuen österreichischen Anleihe empfunden, daß sie mit ihrem ganzen Einfluß auf die hauptsächlichsten Bankhäuser Berlins drückte, damit keines derselben sich an der Subskription betheilige.“ So das „Memor. diplom.“, dem wir natürlich jede Verantwortlichkeit für seine Angaben überlassen.]

— Wegeteben, 22. Nov. (Halberst. Ztg.) Die Zahl der Triphinenfranken in Heberleben hat sich bis heute nur durch die vielen Sterbefälle um etwas vermindert. Es sind bis heute 34 Menschen in Heberleben und Umgegend an dieser schrecklichen Krankheit gestorben. Am Sonntag starben allein in Heberleben 5 Personen, unter ihnen auch der Fleischer B., der das triphinenfranke Schwein geschlachtet hat. Die angegebene Zahl von 200 Kranken ist nicht übertrieben.

— Die Geldnoth in Steiermark ist auf ihrem Kulminationspunkt angelangt. Daß man dort größere Güter schon um eine Hand voll Gulden veräußert wurde ein häuerliches Ansehen im Werth von Tausenden um fünf, sage fünf Gulden, bei einem Zahlungsoverlauf zugeschlagen), ist bereits etwas Alltägliches. Jetzt aber ist bereits die Selbsthilfe gefolgt und das Volk erklärt Leben in die Behm und Aht, der auf solch einer gerichtlichen Exekutionsversteigerung kauft.

In Folge uneres Aufrufs sind für die Abgebrannten in Königshausbach weiter bei uns eingegangen: von N.N. 10 fl., von N. 2 fl., von Prof. N. B. 7 fl., von N. B. 3 fl., von Ungenannt 1 fl., von L. K. 5 fl., 15 fr., von Fr. S. 9 fl., 30 fr., von Ungenannt 1 fl., von Ungenannt 2 fl., 24 fr., von Frau Archivar Hugo Wittwe 10 fl., von N. L. 4 fl., von L. v. S. 3 fl., 30 fr., von Ungenannt 2 fl., von Fr. N. 10 fl., von Oberrechnungsrathe Eberle 3 fl., 30 fr.; zusammen 124 fl., 24 fr.

Zur Annahme weiterer Geldbeiträge sind wir bereit. Karlsruhe, den 27. November 1865. Expedition der Karlsruher Zeitung.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

25. Nov.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 8,47"	+ 8,5	S.W.	ganz bew.	trüb, naß
Mittags 2 "	" 6,50"	+ 13,0	"	"	"
Nachts 9 "	" 6,30"	+ 7,5	"	"	sternhell, kühl
26. Nov.					
Morgens 7 Uhr	27" 6,07"	+ 7,0	S.W.	ganz bew.	trüb, Regentr.
Mittags 2 "	" 6,70"	+ 10,0	"	"	"
Nachts 9 "	" 7,03"	+ 7,0	"	"	Regen

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 28. Nov. 4. Quartal. 132. Monumentsvorstellung. **Dom Sebastian**; große Oper in 5 Akten, von Donizetti.

Theater in Baden.

Mittwoch 29. Nov. **Die Nachtwandlerin**; Oper in 3 Akten, von Bellini.

Z.a.718. Dörlesberg. Es hat dem Allmächtigen gefallen, den Kameralpraktikanten **Hugo Walzenbach** am 21. d. M. nach langem Leiden aus dieser Welt in das Jenseitige abzurufen. Dies seinen Freunden und Bekannten als Nachricht, mit der Bitte um stille Theilnahme. Dörlesberg, den 24. November 1865. Die betrübten Eltern und Geschwister.

Z.a.705. Nr. 10,923. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Die Namensänderung der Rosina Bögeli in Konstanz betr.
Der Rosina Bögeli in Konstanz wird gestattet, ihren Familiennamen in „Roth“ umzuändern. Karlsruhe, den 22. November 1865. Justizministerium. Stabel. Weizel.

Z.a.720. In der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe, Wagner'schen Buchhandlung in Freiburg — Wangel & Schmidt in Heidelberg — L. Köhler in Mannheim und bei Ganemann in Kaffatt ist zu haben:
Um die Sprache des Herzens zu Herz und Seele zu führen, ist das für Liebende ausgezeichnete Buch erschienen:
Briefsteller für Liebende

beiderlei Geschlechts. — Enthält 90 Musterbriefe zum Neujahrsfest und über alle Liebesverhältnisse im blühendsten Styl und in den elegantesten Wendungen, nebst 20 ausgezeichneten Polsterabendscherzen und Hochzeitsgedichten. Von **G. Marienfeld**. 4te verb. Aufl. Preis 45 fr. Dieses schöne Buch gibt Anleitung, sich liebenden Personen mit Richtigkeit, Deutlichkeit und Eleganz der Sprache mitzutheilen.
In der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe** ist zu haben:
Winterfahrtenplan
der großh. badischen, der königlich württembergischen Staatsbahnen und der Rhein-Neckar-Bahn, mit den Influxen nach Paris — Wien — Zürich, sowie den anschließenden Dampfboot-, Eisenwagen-, Postomnibus- und Carriolpostverbindungen. Preis 3 fr.

Z.a.715. Freiburg.
Erklärung.
Gegen die Reklamation des **Badischen Beobachters** werde ich wegen der in Nr. 274 genannten Blattes enthaltenen Ehrverletzung gerichtliche Klage führen, und das Ergebnis s. Z. auf gleichem Wege veröffentlichen.
Die Quellen, aus welchen der Artikel der „**Lahrer illustrierten Dorfzeitung**“ — überschrieben „**Peterspennige**“ — geschöpft hat, werden bei der gerichtlichen Verhandlung vorgelegt werden. Freiburg, den 25. November 1865. **Albert Bürklin.**

Z.a.673. Kaffatt.
Offert!
Bei einem kath. Geistlichen, der seine beiden noch rüstigen Eltern bei sich hat, könnten auf Neujahr zwei Knaben, die später eine höhere Lehranstalt besuchen wollen, unter annehmbareren Bedingungen in Pflege und Unterricht genommen werden. Näheres bei Herrn **Brougier**, Klosterpfarrer in Kaffatt.

Z.a.713. Geseuch.
Ein mit guten Zeugnissen versehen, im Schreibereifache gewandter, verbeiratheter Mann sucht eine Stelle als Ausschreiber oder dergleichen. Anträge übermitteln die Expedition dieses Blattes.

Z.a.636. Stellegesuch.
Ein junger Mann, Bautechniker, der über seine Brauchbarkeit gute Zeugnisse besitzt, und mehr auf eine gute Gelegenheit, sich weiter auszubilden, als auf grossen Lohn sieht, sucht eine Stelle bei einem Architekten oder Baumeister. Eintritt sogleich. Gefällige Offerten beliebe man unter Chiffre **A. I. G.** poste restante Karlsruhe zuzusenden.

Z.a.717. Beschäftigungs-Gesuch.
Ein junger Mensch, 18 Jahre alt, der bereits 2 Jahre bei einem Amtsgericht beschäftigt ist und gute Zeugnisse besitzt, sucht bei einem Notar oder Anwalte, oder sonst wo, dauernde Beschäftigung. Gefällige Offerten nimmt die Expedition dieses Blattes unter Chiffre **Ch. H. M.** entgegen.

Z.a.602. Thann (Elsass).
Schauspieler
finden Engagement bei Direktor **F. Lang** zu **Thann** (Elsass). Vorlauf beim Eintreffen.

Commisgesuch.
Z.a.647. Ein angehender Commis wird zum sofortigen Eintritt in ein Fabrikgeschäft gesucht. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Zu verpachten.
Z.a.667. Pforzheim.
Ein sich in günstiger Lage befindendes Gebäude in **Pforzheim**, welches sich zum Betriebe eines **Gasthauses** vorzüglich eignet, ist unter annehmbaren Bedingungen zu verpachten. Näheres auf dem Comptoir des Pforzheimer Beobachters.

Pachtwirthschafts-Gesuch.
Z.a.711. Eine Wirthschaft oder Restauration wird sogleich oder bis 1. Januar zu pachten gesucht. Näheres durch die Expedition dieses Blattes.

Für den gesammten Handelsstand, Z.a.542.
zur bevorstehenden Festzeit insbesondere für Böglinge des Handels empfehlenswerth.
L. Rothschild's Taschenbuch für Kaufleute.
Gefte, vermehrte und verbesserte Auflage. Neuester Abdruck.
Inhalts-Übersicht: Abriss der Handelsgeschichte. — Ueber den Handel und die Arten desselben. — Der Handelsstand. — Waarenkunde und Waarenhandel. — Münz-, Waaren- und Gewichtskunde. — Handelsgeographie. — Beförderungs-mittel des Verkehrs und des Handels. — Ueber Staatspapiere und Aktien. — Ueber Wechsel und Anweisungen. — Die kaufmännische Korrespondenz und andere schriftliche Comptoirarbeiten. — Kaufmännische Rechnungsmittel. — Einfache und doppelte Buchhaltung. — Kaufmännische Terminologie. — Uebersicht der bedeutendsten Handelsstädte der Welt.
Ist anerkannt das vollständigste, billigste und praktischste aller kaufmännischen Lehrbücher; es gibt auf 38 Bogen die Quintessenz dessen, was ein Kaufmann zu wissen nöthig hat, und erspart in Folge seiner Reichhaltigkeit die Anschaffung ähnlicher, viel theurerer Werke.
Preis geheftet 2 fl. 42 kr. rh. In engl. Einband gebunden 3 fl. 18 fr. rh.
Dies ausgezeichnete Buch ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslands.
Verlag von **Otto Spamer** in Leipzig.
Vorräthig in **A. Bielefeld's Hofbuchhdlg.** in Karlsruhe und **Kehl.**

Z.a.64. Industrie-Börse in Stuttgart.
Nächster Börsentag: Montag der 4. Dezember 1865.

Kaulbach's weltberühmte Compositionen.
Der Babelthurm. Die Kreuzfahrer.
Homer und die Griechen. Die Hunnenschlacht.
In meisterhaften Stichen à 11 1/2 Thlr., zusammen für 40 Thlr. — In Photographion nach diesen Stichen à 3 Thlr. in allen Buch- und Kunsthandlungen.
Alexander Duncker in Berlin.
Zu beziehen durch die **G. Braun'sche Hofbuchhandlung in Karlsruhe.** Z.a.706.

Z.a.733. Nr. 9. Tauberbischofsheim.
Zwangsversteigerung.
In Folge richterlicher Verfügung werden dem Wüller **Simon Pfau** darüber **Montag den 4. Dezember d. J., Mittags 2 Uhr,** auf hiesigem Rathhause öffentlich versteigert:
Eine Del-, Loh- und Walmühle mit Scheuer, Stallung und Keller, im Thale gegen Königheim am Erbsbach gelegen, dann 28 Morgen Acker, Wiesen und Reben in verschiedenen Gemainen auf hiesiger Gemarkung.
Anschlag im Ganzen . . . 20,600 fl.
Der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis erreicht wird.
Tauberbischofsheim, den 20. Oktober 1865.
Der Vollstreckungsbeamte: **Hoeger, Gerichtsschreiber.**

Z.a.686. Nr. 2642. Civilkammer. Freiburg.
(Urtheil.) In Sachen der Ehefrau des **Dominik Günther**, Barbara, geb. **Strecker**, von Kärntingen gegen ihren Gemann, **Dominik Günther** von da, Vermögensabfindung betr., wird erkannt: Es sei die zwischen den Günther'schen Eheleuten bestandene Gütergemeinschaft für aufgelöst zu erklären, das Vermögen der Klägerin von jenem des Beklagten abzufordern und letzterer in die Kosten des Verfahrens zu verurtheilen.
Dies wird zur Kenntnissnahme der Gläubiger bekannt gemacht.
Freiburg, den 10. November 1865.
Großh. Kreis- und Hofgericht. **Hildebrandt.**

Z.a.625. Furtwangen. (Oeffentliche Laubung.)
J. S.
des **Johann Maier** von Schwemningegen
gegen
Karl Bauschlischer von Ebingen, Forderung betr.
Der Beklagte **Karl Bauschlischer** schuldig dem Kläger für Arbeitslohn 22 fl. 42 kr. In dieser Sache wird zur Verhandlung Tagfahrt auf **Mittwoch den 13. Dezember d. J.** angeordnet, wozu beide Theile vorgeladen werden, der Beklagte mit dem Ansuchen, daß bei seinem Ausbleiben die Forderung für zugestanden und alle Einreden für veräußert erklärt werden. Zugleich wird dem Beklagten aufgegeben, einen in Furtwangen wohnenden Gewalthaber aufzufinden, widrigenfalls alle weiteren Verfügungen und Erkenntnisse mit der gleichen Wirkung, wie wenn sie der Partei eröffnet wären, an dem Sitzungsorte des Gerichts angeschlagen werden sollen.
Furtwangen, den 21. November 1865.
Das Bürgermeisterrath. **Wintermantel.**

Z.a.727. Nr. 18,690. Mannheim. (Bekanntmachung.) In das Handelsregister wurde eingetragen:
23. November 1865, D. J. 439 d. Firm.-Reg.: Firma **„Bal. Eder“** in Mannheim. Inhaber ist **Valentin Eder**, Kaufmann dahier.
Mannheim, den 23. November 1865. Großh. bad. Amtsgericht. **Ulrich.**

Z.a.753. Nr. 6821. Eberbach. (Fahndung.) Am 21. d. M. Nachmittags, wurde in dem Walde zwischen Haag und Schwambheim von einem fremden Handwerksburschen ein Notizuchtsverfuch an einer Frauensperson verübt. Der Unbekannte steht im Anfang der Dreißig, hat einen schlanken Wuchs, schwarzes Haupthaar und dunklen Vollbart; seine Kleidung bestand in einer grauen Zuppe, schwarz eingefaßt und mit grünem Kragen, dunklen Schwan und einem schwarzen Füllbüttel. Seiner Aussprache nach schien derselbe von lieberheimer Herkunft zu sein.
Wir bitten um Fahndung und Einlieferung dieses Burschen auf Betreten.
Eberbach, den 25. November 1865. Großh. bad. Amtsgericht. **Hausler.**

Z.a.721. Nr. 20,654. Brach. (Aufforderung.) Der Tagelöhner **Friedrich Müller** von Hofen ist wegen Widerthätigkeit, verübt mit körperlicher Mißhandlung des **Köthelmeiers Kais** von Hülstein, in Gemäßheit der §§ 615 und 616 b. St.G.B. in Untersuchung gezogen und hat sich schuldig gemacht. Er wird deshalb aufgefordert, sich binnen 14 Tagen darüber zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnisse der Untersuchung das Erkenntnis gefällt würde. Brach, den 23. November 1865. Großh. bad. Amtsgericht. **Vojtinger.**

Z.a.741. Nr. 10,396. Säckingen. (Oeffentliche Vorladung.) Der 21 Jahre alte Handlungscommis **Johann Jaffon Kätle** aus Steng in Etrol ist der in fortgesetzter That zum Nachtheil des Kaufmanns **Heinrich Schember** hier verübten Unterschlagung von 317 fl. 54 fr. angeklagt, und wird, da er schuldig ist, aufgefordert, sich binnen 14 Tagen bei uns zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnis der Untersuchung das Erkenntnis wird gefällt werden. Säckingen, den 24. November 1865. Großh. bad. Amtsgericht. **Saumstark.**

Z.a.742. Nr. 11,133. Baden. (Oeffentliche Vorladung.) **Reverend Anton Wirth** von Balg wird auf staatsanwaltschaftlichen Antrag des Vergehens der Reklamation angeklagt, und ist deshalb Tagfahrt zur Hauptverhandlung anberaumt auf **Montag den 11. d. M., Vorm. 1/2 12 Uhr;** wozu derselbe mit dem Androhen geladen wird, daß im Falle seines Ausbleibens das Urtheil nach dem Ergebnisse der Untersuchung würde gefällt werden. Baden, den 24. November 1865. Großh. bad. Amtsgericht. **v. B. G.**

Z.a.732. Nr. 10,912. Baden. (Aufforderung und Fahndung.) **Friedrich Koblhammer** von Meimsheim, Königreich Württemberg, welcher auf Antrag der großh. Staatsanwaltschaft der Unterschlagung von 10 Stück Hämmelein, z. R. des **Josef Fehnenberger** dahier, im Werth von 160 fl. angeklagt ist, wird aufgefordert, sich binnen 14 Tagen darüber zu stellen, widrigenfalls das Erkenntnis nach dem Ergebnis der Untersuchung würde gefällt werden. Zugleich wolle auf Koblhammer gefahndet und derselbe im Falle der Betretung gefänglich anher abgeführt werden.
Baden, den 17. November 1865. Großh. bad. Amtsgericht. **Schmitt.**

Z.a.756. Nr. 5177. Karlsruhe. (Aufforderung.) Grenadier **Lorenz Veiter** von Zunsweier, welcher bei der Werthhülle des großh. Post- und Eisenbahnrechts nicht verübt die Entwendung von Metall und Werkzeugen, im Werth von 11 fl. 55 kr., zum Nachtheil des großh. Eisenbahnrechts angeklagt und schuldig ist, wird mit Bezugnahme auf die Fahndung großh. Bezirksamts Offenburg vom 3. d. hiermit aufgefordert, sich binnen 3 Wochen zu stellen, indem sonst das Erkenntnis nach dem Ergebnis der Untersuchung gefällt werden würde. Karlsruhe, den 26. November 1865. Das Kommando des großh. bad. Leib-Grenadierregiments. Der Regimentskommandant: **v. Degenfeld, Oberst.**

Z.a.715. Nr. 11,653. Wonnorf. (Aufforderung.)
Die Konfiskation pro 1866 betr.
Bei der am 11. d. M. vorgenommenen Aushebung der Rekruten ist der Rekrut **Franz Real Welte** von Wellendingen, Loos-Nr. 62, unentschuldig ausgeblieben. Derselbe wird aufgefordert, sich innerhalb 6 Wochen darüber zu stellen und über sein Ausbleiben sich zu verantworten, widrigenfalls gegen ihn die Einleitung des gerichtlichen Strafverfahrens wegen Reklamation beantragt werden würde. Zugleich wird das Vermögen des **Franz Real Welte** mit Beschlagnahme belegt.
Wonnorf, den 23. November 1865. Großh. bad. Bezirksamt. **Schmidspinner.**

Z.a.744. Nr. 15,227. Engen. (Aufforderung.) Bei der am 17. d. M. hier stattgehabten Aushebung der Konfiskationspflichtigen für 1866 ist **Erhard Leiber** von Immenhingen, Loos-Nr. 20, unentschuldig ausgeblieben. Derselbe wird aufgefordert, sich binnen 6 Wochen darüber zu stellen, widrigenfalls man die Einleitung des gerichtlichen Strafverfahrens wegen Reklamation beantragt wird. Zugleich wird das Vermögen desselben mit Beschlagnahme belegt.
Engen, den 22. November 1865. Großh. bad. Bezirksamt. **Richard.**

Z.a.713. Nr. 15,228. Engen. (Aufforderung.) Bei der am 17. d. M. hier stattgehabten Aushebung der Konfiskationspflichtigen für 1866 ist **Erhard Leiber** von Immenhingen, Loos-Nr. 34, unentschuldig ausgeblieben. Derselbe wird aufgefordert, sich binnen 6 Wochen darüber zu stellen, widrigenfalls man die Einleitung des gerichtlichen Strafverfahrens wegen Reklamation beantragt wird. Zugleich wird das Vermögen desselben mit Beschlagnahme belegt.
Engen, den 22. November 1865. Großh. bad. Bezirksamt. **Richard.**

Z.a.737. Nr. 11,595. Emmendingen. (Aufforderung.)
Die Konfiskation pro 1866 betr.
Bei der am 15. d. M. abgehaltenen Aushebungstagfahrt sind folgende Konfiskationspflichtige unentschuldig ausgeblieben:
Loos-Nr. 12, August Ernst Ruf von Wallerdingen,
26, Karl Friedrich Werkin von Eichstetten,
105, Johannes Boos von Bellingen,
112, Wilhelm Rutschler von Wallerdingen,
113, Wilhelm Albert Ringwald von Eichstetten,
117, Wilhelm Friedrich Hambricht von Emmendingen,
125, Heinrich Konrad Holzschuh von Landeck,
141, Christian Steineder von Emmendingen,
142, Wilhelm Keller von Wallerdingen,
148, August Friedrich Gerber von Emmendingen,
153, Gottlieb Eckermann von Müßbach,
163, Georg Friedrich Josef von Bellingen,
183, Jakob Friedrich Wenz von Oberhoffen,
203, Georg Heinrich Gasser von Bellingen,
247, Wilhelm Schumann von Bellingen.

Dieselben werden aufgefordert, sich binnen 4 Wochen bei dieser Stelle zu verantworten, ansonst die Einleitung des gerichtlichen Strafverfahrens wegen Reklamation beantragt werden würde. Das Vermögen der Genannten wird andurch mit Beschlagnahme belegt.
Emmendingen, den 21. November 1865. Großh. bad. Bezirksamt. **Dr. Pfeiffer.**

Z.a.708. Nr. 8797. Adelsheim. (Aufforderung.)
Die Konfiskation pro 1866 betr.
In der heute dahier stattgehabten Rekrutenaushebung sind nachgenannte Konfiskationspflichtige unentschuldig ausgeblieben:
1) **Salomon Reib** von Eindeleheim mit Loos-Nr. 3;
2) **Franz Josef Gehrig** von Rosenbergl mit Loos-Nr. 10;
3) **Benedikt Burbaum**, Gayumo Sohn, von Neengingen mit Loos-Nr. 13;
4) **Paul Wilsch** von Sedach mit Loos-Nr. 66;
5) **Johann Andreas Hettlinger** von Hirschlanden mit Loos-Nr. 99.

Dieselben werden aufgefordert, sich innerhalb 4 Wochen befalls hier zu verantworten, widrigenfalls sie als Rekrutäre behandelt und das gerichtliche Verfahren gegen sie beantragt würde. Zugleich wird das Vermögen derselben mit Beschlagnahme belegt.
Adelsheim, am 20. November 1865. Großh. bad. Bezirksamt. **Grosch.**

Z.a.750. Nr. 17,032. Tauberbischofsheim. (Aufforderung.)
Die Konfiskation pro 1866 betr.
Bei der am 15. November dahier stattgefundenen Aushebungstagfahrt sind folgende Konfiskationspflichtige unentschuldig ausgeblieben:
Loos-Nr. 4, **Sebastian Roe** von Tauberbischofsheim,
73, **Franz Gert** von da,
74, **Georg Hoch** von da,
101, **Johann Leopold Weismann** von Großrindebeck,
116, **Georg Wilhelm Gallenbacher** von Giffenheim,
124, **Johann Christian Julius Lang** von Tauberbischofsheim.

Dieselben werden aufgefordert, sich innerhalb 6 Wochen darüber zu stellen, widrigenfalls das gerichtliche Strafverfahren wegen Reklamation gegen sie beantragt werden würde. Zugleich wird deren Vermögen mit Beschlagnahme belegt.
Tauberbischofsheim, den 24. November 1865. Großh. bad. Bezirksamt. **Dr. Schmidler.**

Z.a.744. Nr. 8882. Ettenheim. (Warnung.) Am 12. d. M. ging zwischen Rahr und Mählberg eine badische Staatsobligation eines Eisenbahnlebens (Jahrgang unbekannt), auf 500 fl. lautend, Lit. B., Nr. 8159, verloren.
Es wird vor dem Ankauf derselben gewarnt.
Ettenheim, den 24. November 1865. Großh. bad. Amtsgericht. **Engler.**